

Auf die Frage in Ihrem Artikel vom 21.5. „Wie politisch dürfen Omas gegen Rechts“ sein, möchte ich Ihnen gerne als eine Oma gegen Rechts antworten: So politisch wie möglich.

Wir Omas und Opas sind nicht dumm und entmündigt, auch wenn unser Durchschnittsalter bei 70 Jahren liegt. Gerade unsere Lebenserfahrung verpflichtet uns politisch laut zu sein. Unsere Großeltern haben sich mehrheitlich nicht gegen die faschistischen Entwicklungen in unserem Land gewehrt und unseren Eltern somit die traumatischen Erfahrungen im Nationalsozialismus zu leben, zugefügt. Meine Generation durfte in einer Zeit geprägt von Freiheit und Demokratie groß werden und genau dies wollen wir auch für unsere Kinder und Enkelkinder.

Omas und Opas in unserer Bewegung denken nicht parteipolitisch. Wir diskutieren viele Themen auch kontrovers. Aber wir sind uns einig, wir sehen eine bedrohliche Zunahme von Faschismus, Rassismus, Antisemitismus und Frauenfeindlichkeit, und somit eine Gefährdung unserer Demokratie. Für uns ist die Würde des Menschen unantastbar und nicht nur ein „Konjunktiv“. Für uns gibt es nicht Menschen erster und zweiter Klasse, aber nicht jedes Verhalten wird von uns akzeptiert.

Und zum Thema, wie wir uns finanzieren, kann ich den für NRW gewünschten Kontrolleuren offenlegen, dass unsere Ortsgruppe kein eingetragener Verein ist, wie alle anderen Ortsgruppen in NRW übrigens auch. Daher können wir auch kein Konto eröffnen. Wir lassen daher bei unseren monatlichen Treffen eine Spardose umhergehen. Jede Oma und Opa zahlt dann einen selbstbestimmten Beitrag. Bei unserem letzten Treffen betrug der Stand unserer Spardose 391,- Euro. Wir sparen derzeit für eine gute Verstärkeranlage, damit wir weiterhin laut für unsere Demokratie einstehen können.

An den Spekulationen warum uns Omas und Opas immer wieder unterstellt wird, wir seien parteipolitisch und staatsfinanziert, möchte ich mich nicht beteiligen. Aber ärgerlich ist es schon, dass dies auch von Politikern und Politikerinnen lanciert wird, die eigentlich den Unterschied von Parteifinanzierung und projektorientierten Fördergeldern kennen müssten. In den letzten drei Jahren haben einzelne unserer Ortsgruppen bundesweit Projektgelder für Veranstaltungen zur Förderung der Demokratie in Höhe von insgesamt unter 30.000 Euro erhalten, welche sie genau belegen mussten. Demgegenüber erhalten parteinahe Stiftungen öffentliche Gelder in Millionenhöhe pro Jahr.

Worüber ich mich aber sehr freue, dass durch diese öffentlichen Unterstellungen wir „Omas gegen Rechts“ zunehmend bekannter und immer zahlreicher werden. Dies zeigt, dass unsere Generation nicht unreflektiert ist, und dies macht Hoffnung, dass wir unsere Demokratie schützen können.

Anna Wilhelm